

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Einzelnummer 25 Pfg. Durch Postträger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto Nr. 23 887, „Sozialistischer Verlag v. W. u. S. D.“, Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Sonnabend, den 25. Juni 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Mittelzeile über dem Raum 0,80 Pfg. darunter 0,60 Pfg. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familienangelegenheiten, Verträge und Verleumdungsangelegenheiten 0,40 Pfg. Reklame: Die Mittelzeile, 8 gespaltene über dem Raum um 1,- Pfg.

## Radikale Gebärden der Löbsozialisten

Stets wenn die Wellen der Reaktion wieder einmal so hoch schlagen, daß sie die Ministerfessel der Herren Regierungsgenossen wegzuschwimmen drohen, alarmieren die SPD-Bonzen ihre Massen in Mitglieder- oder Funktionärversammlungen.

Dort wird auf die drohende Gefahr hingewiesen und mit radikalen Phrasen zur „ernsten politischen Situation“ Stellung genommen. Dicke Resolutionen werden angenommen, in denen der Reaktion das Schlimmste angedroht wird und die Genossen in der Regierung aufgefordert werden, Maßnahmen zu ergreifen, um die reaktionäre Gefahr zu beseitigen. Zum Schluß bekommen meistens noch die Kommunisten eins auf den Kopf (denen man wieder einmal (zum hundertsten oder tausendsten Male) vorwirft, daß sie die Geschäfte der Reaktion besorgen).

So war es auch vorige Woche in Breslau. Die SPD hatte ihre Funktionäre zusammengerufen. Angesichts des frechen Auftretens der Orgesch gerade in Schlesiens, blieb den SPD-Leuten natürlich nichts anderes übrig, als endlich einmal zu zeigen, was sie als stärkste Arbeiterpartei, die sie in Schlesiens nun doch einmal sind, zu unternehmen gedenken.

Lange genug hat die SPD Schlesiens geschwiegen. Auf alle Provokationen seitens der Reaktion haben die Mehrheitssozialisten bisher nur mit Phrasen geantwortet.

In einer Betriebsräteversammlung wurde beschlossen, sofort in den Generalstreik zu treten, sobald es in Oberschlesien zwischen den Nationalisten zu argeleischen Konflikten kommen würde.

Die Zusammenstöße sind gekommen. Polnische und deutsche Insurgenten knallen schon seit Wochen gegeneinander.

Der deutsche „Selbstschuß“, der sich in seiner überwiegenden Mehrheit aus bayrischen Studenten und anderem landsfremden Gesindel zusammensetzt, droht durch seinen dauernden Widerstand, sich den Anordnungen der R.-K. zu fügen, sogar das gesamte deutsche Volk in einen neuen imperialistischen Krieg hineinzureißen. Der Arbeiter-schlächter General Hofer, treibt, unbekümmert um das Wohl des Volkes, eine selbständige Politik, nur nach militäristischen, strategischen Gesichtspunkten.

Tausende von reaktionären Offizieren, Subjekte, die sich durch den Mord von Arbeiterführern einen Namen gemacht haben, halten sich in Oberschlesien auf, bereit, sich in jeder Stunde auf die deutschen Arbeiter zu stürzen, um endlich das schon längst ersehnte Massaker unter den Juden und Sozialisten zu veranstalten.

Die Breslauer „Volksmacht“ ist zuerst für die Mobilisierung dieses famosen Selbstschusses eingetreten und hat dem Rätegeneral Hofer ein großes Loblied gesungen. Und heute noch nimmt das mehrheitssozialistische Organ dieser Selbstschußgefahr gegenüber noch nicht die klare Stellung eines Arbeiterblattes ein. Wenn es auch einsehlich, welche Flühe sich die schlesischen Arbeiter mit diesen heimtückischen bayrischen Selbstschußleuten in den Pelz gesetzt haben, so kommt das „Arbeiterblatt“ trotz eines dreiteiligen Bombenwurms von Leitartikel („Der Selbstschußkonflikt“) immer wieder zu dem Ergebnis, daß ein Selbstschuß in Oberschlesien notwendig sei.

Des weiteren wurde von den Gewerkschaften die Bewaffnung aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gefordert. Die mußte auch trotz allen Sträubens von den Gewerkschaftsbonzen zugesagt werden. Bisher ist die Bewaffnung aber noch nicht über eine Listeneintragung hinausgekommen. Die ängstlichen Bonzen mußten sich erst die Genehmigung der Regierung einholen.

Die Orgeschleute nehmen es nicht so genau. Sie haben inzwischen gehandelt. Trotzdem die Entente die Auflösung der Orgesch gefordert hat, haben sich die deutschen Reaktionäre diese geheime Kampforganisation in diesen Tagen von einem Breslauer Orgeschgericht legalisieren lassen.

Die Reaktionäre sind nicht so schwerfällig und unständig wie die Gewerkschaftsführer, die als echte Bürokraten, den Instanzenweg einschlagen, unbekümmert darum, daß indessen tausende unschuldiger Arbeiter von den schwerbewaffneten Orgeschbanditen abgeschlachtet werden können.

Die Gewerkschaftsbonzen verhandeln, die Reaktionäre aber handeln. So ist's immer gewesen. Das ist ja die Politik der Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer: sie suchen sich immer so zu stellen, daß sie nach beiden Seiten fallen können. Und dann fürchten sich diese Bonzen immer noch mehr vor den bewaffneten Arbeitern, als vor der Reaktion. Mit der sind sie schon so oft durch dick und dünn gegangen und mit der haben sie sich auch stets wieder geeinigt.

Daß aber mit bewaffneten Arbeitern nicht so leicht Ritzchen essen ist, wissen die Bonzen ganz genau. Deshalb denken sie auch gar nicht im Ernst daran, den Arbeitern Waffen in die Hand zu geben.

So ist es auch jetzt mit der geplanten Bewaffnung der schlesischen Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftsführer wären ja keine verkümmerten Bonzen, wenn sie wirklich den Kampf wollten. Deshalb hegen sie den so gegen die Kommunisten, doch nur deshalb, weil wir den Ar-

## Für den proletarischen Selbstschuß!

Nachdem durch den Entscheid des Breslauer Bezirksausschusses die Orgesch für Mittelschlesien legalisiert worden ist, hat sich der gesamten Arbeiterschaft Schlesiens eine ungeheure Erregung bemächtigt. Klar und offen liegen die letzten Ziele und bisher geheimgehaltenen Absichten der Reaktion zutage.

Die Reaktion schiebt ihre Vorposten ins Land. Sie will los schlagen! Ungeheure Truppenmassen liegen in Oberschlesien. Der Selbstschuß ist bis an die Zähne bewaffnet. Monarchistische Offiziere geben sich in Oberschlesien ein Stelldichein. Patriotische Lieder werden gegröhlt. Arbeiter verdrochen, ihre Führer totgeschlagen. In Oberschlesien weht die schwarz-weiß-rote Fahne.

Drohend erhebt die Reaktion ihr Haupt! Die Orgeschstudenten und Offiziere rüsten sich zum Marsch auf Berlin. Der bekannte reaktionäre Graf Westarp, hat am Donnerstag in Leipzig seine Getreuen um sich versammelt und zur Tat aufgerufen!

Es soll also blutiger Ernst werden. Die Reaktionäre haben alles auf eine Karte gesetzt und wollen den Kampf gegen Links aufnehmen.

Die deutschen Arbeiter beginnen den Ernst der gegenwärtigen Lage zu begreifen. Die schlesischen Arbeiter, die den ersten Ansturm der

nach Berlin marschierenden Orgeschregimenter auszuhalten haben, haben die Bewaffnung, haben den proletarischen Selbstschuß gefordert.

Bis heute ist noch keine Bewaffnung des Proletariats erfolgt. Jetzt, nachdem die Reaktion ihre Frechheiten aufs höchste gesteigert hat und sich für Mittelschlesien die Orgesch legalisieren läßt, finden sich die Mehrheitssozialisten endlich bereit, die Forderung der Arbeiter zu erfüllen.

Wie aber soll dieser republikanische Selbstschuß aussehen? Er soll nichts anderes werden, als ein sozialdemokratischer Schützenverein.

Die Arbeiter wollen nun einmal auch eine Orgesch haben. Gut, gibt man ihnen so was ähnliches. Nein, Arbeiter, laßt Euch diese freche Verhöhnung nicht bieten!

Die Stunde ist viel zu ernst, als daß man noch Zeit hat, Vereine zu gründen. Die Bonzen werden ihre Haut retten, wenn es zu einem Kapp-Putsch kommt. Die Flucht der Regierung nach Stuttgart hat es bemerkt. Die Prügel werden die Arbeiter bekommen.

Arbeiter, schafft Euch selbst Euren proletarischen Selbstschuß. Geht hin zu Euren Gewerkschaftsführern und fordert die Bewaffnung. Laßt Euch nicht mit einer Spielerei abfinden. Die Reaktion rüstet lieberhaft. Jeden Tag können die Banditen in Mittelschlesien stehen. Ihr aber seid wehrlos.

Geht hin nach dem Gewerkschaftshaus. Seht einmal nach, wie weit die Bewaffnung der Arbeiter gediehen ist. Macht Dampf dahinter. Kontrolliert die Gewerkschaftsführer. Fordert die Bewaffnung. Tretet für den proletarischen Selbstschuß ein.

Die Stunde ist zu ernst für Spielereien. — Nieder mit Draesch!

beitem sagen: „Ihr müßt kämpfen, die Reaktion wird nicht anders entwaffnet und unschädlich gemacht, als durch die bewaffneten Arbeiter.“

Das ist doch gerade der grundsätzliche Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten, daß die Sozialdemokraten mit friedlichen Mitteln die Reaktion besiegen wollen, während wir Kommunisten sagen, daß dieses Ziel nur durch die Waffe in der Hand der Arbeiterschaft erreicht werden kann.

Wenn es einmal wahr werden sollte, daß Gewerkschaftsführer den Arbeitern die Waffe in die Hand geben, so müßte vorher ein Wunder geschehen sein, die Bonzen müßten sich erst zu Revolutionären wandeln.

Das wird natürlich niemals geschehen. Und darum wird auch das Proletariat bis zum St. Nimmerleinstag auf die Bewaffnung durch die Gewerkschaftsführer warten können.

Wenn die Mehrheitssozialisten in diesen Tagen unverschämtester Provokationen durch die Orgesch wieder ihre Funktionäre zusammengerufen, so ist von allen den radikalen Tönen nicht viel zu halten.

Man sieht schon aus folgender Resolution, welcher Art der Wille zur „Tat“ bei den Mehrheitssozialisten ist. Es heißt dort:

„Die Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins Breslau fordern die Parteileitung auf, alle Maßnahmen vorzunehmen, die geeignet sind, die drohende Gefahr eines Rechtsputsches abzuwehren. Die Sozialdemokratische Partei ist zu diesem Zwecke bereit, alles nur Mögliche zu tun, was die politische Einigung der Arbeiterklasse herbeiführt.“

Daraus spricht himmelblauer Opportunismus. Es lassen sich weder von der sozialdemokratischen Parteileitung noch von den Regierungsgenossen „Maßnahmen“ treffen, durch die die drohende Gefahr eines Rechtsputsches „abgewehrt“ werden kann. Dazu hat diese Regierung weder den Willen noch die Kraft. Daß die Parteileitung der SPD Schlesiens nicht daran denkt, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, hat sie durch ihre bisherigen „Maßnahmen“ bewiesen. Das Auftreten der Orgeschbanditen wird in Schlesiens täglich frecher, aber dagegen getan (und darauf kommt es an!) hat die SPD bis heute noch nichts. Und sie wird auch in Zukunft nichts tun.

Das geradezu klapptische Verhalten der abhängigen und unabhängigen Sozialdemokraten in W ü n n e n ist Beweis genug. Man hat sich auf den Generalstreik verlassen und kroch ins Mausloch, als Hoehner drohte in die Demonstrationen zu schießen zu lassen. Nicht die Arbeiter, nein, Kahr und Eicherich, haben bei der Münchener Kraftprobe gesiegt.

Der Generalstreik als alleiniges Kampfmittel hat in München zu einem Fiasko geführt. Das Ziel des Generalstreiks, der Sturz der Regierung Kahr, wurde nicht erreicht.

Die Arbeiter sehen also an der Hand dieses Münchener Beispiels, daß sich die Reaktion vor einem Generalstreik allein nicht fürchtet. Orgesch braucht nur an den Säbel zu schlagen und den Arbeiter„führern“ fällt vor Schreck der Generalstreik aus den Händen.

Die Reaktion ist heute bereits wieder so stark, daß der Generalstreik als Kampfmittel allein heute nicht mehr wirksam ist. Die Arbeiterschaft darf sich vor Zusammenstößen mit den bewaffneten Haufen nicht fürchten.

Eine reaktionäre Regierung wird durch einen Generalstreik allein nicht gestürzt. Wenn sie derart fest im Sattel sitzt, wie die bayrische Regierung, müssen die Arbeiter schon wirksamere Mittel anwenden. Das geschieht aber nicht, indem man, wie die Münchener Sozialdemokraten Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht aus dem Wege geht.

Gerade das Münchener Beispiel lehrt es die Arbeiter eindringlich, daß es auch auf Seiten der Arbeiter Opferkosten wird, um die Reaktion niederzuschlagen und für immer unschädlich zu machen.

Es genügt natürlich nicht, wie die Breslauer Funktionäre bescheiden von ihrer Parteileitung fordern, nur Maßnahmen zu treffen, die einen kommenden Kapp-Putsch abzuwehren, sondern es muß dafür gesorgt werden, daß die Reaktionäre diesmal einen solchen Schlag auf den Kopf bekommen, daß sie das Wiederkommen ein für allemal bleiben lassen.

Dieses Ziel aber wird nur erreicht, wenn die Arbeiterschaft in einer Front zum Angriff übergeht. Radikale Gebärden und Resolutionen helfen den Arbeitern der Reaktion gegenüber heute nicht mehr. Wollen die Arbeiter von diesem üppig schließenden Unkraut nicht erstickt werden, müssen sie es endlich ausreißten, — aber mit der Waffe!

# May Hölz im Licht der Presse.

Man der Partei in Sach und Geist verweist. ... Hat haben sie gegoffert und gehegt. ...

Jetzt haben sie umgelernt. Einige fangen an, Respekt zu kriegen, andere suchen die Demoskierung der bürgerlichen Moralität durch den proletarierstolzen Hölz zu verhüllen, indem sie nachträglich die Affäre Hölz ins Lächerliche zu ziehen suchen.

Nur die im Hölz unentwegten, moralphilistritzen, steifen Reaktionsäre lehren die Nachmelodie unentwegt weiter — begleitet und unterstützt durch die „Freiheit“, die heute in der ganzen Presse als Kronzeuge gegen die kommunistischen Verbrecher gilt.

Hans Huan schreibt in der demokratischen „Berliner Volkszeitung“:

Was ist Hölz? — Ich habe mit seinen Freunden gesprochen. ... Er ist alles eher als „Vommo delinquente, der geborene Verbrecher“.

W. A. v. Rosenfeld im „Berliner Tageblatt“:

Es gab schon irgendwo einer Weisheitsfährer aus der Verhandlung. ... Der alldeutsche Hezer Hufschang äußert seine bürgerliche Verlegenheit in der „Post“ also:

Schlüssig aber, daß diese Verhandlung und die Art ihrer Führung wochenlang täglich zweimal Gelegenheit gab, alle Irren Herzen und Hirne in der Nation bis in den letzten Nerv mit Gift zu laden. ... Ein Dr. Steiniger in der „Vossischen Zeitung“:

In Wahrheit ist dieses kommunistische Ideal nur Kallie, nur Verstand, hinter dem er den anderen und auch sich das jämmerliche Leben seiner Instinkte zu verbergen sucht. ... Der „Volksanzeiger“ schreibt unter dem Titel „Schufterle“:

Wesentlich ist der Räuberhauptmann aus dem Boglande durchaus der typische Geldschrankhacker; seine Phylaxonomie weicht in nichts von der der Verbrecherhumpen ab, die ständige Zwangsgelächter der Schwurgerichtsverhandlungen sind. ... U. Zimmermann im deutschvölkischen „Deutschen Abendblatt“:

Der Verfassende hat ihm ja gar nicht antworten können, hat es sich ja gefallen lassen müssen, daß der Mann geradezu Schindler mit ihm trieb. ... Der „Vorwärts“ sucht die Wirkung von Hölz auf die Arbeiter abzumessen, indem er ihn als „Sufar Hölz“, als militärischen Heizer vorzüglich zu machen sucht. ... Der Vogel abgehoffen hat die „Freiheit“, so heißt die deutschvölkischen weit in Schritten:

Nach dem Krieg kam die Revolution. Heute wie Hölz, die aber jede sozialistische Erwähnung die militärische Schärfe, theoretisch und praktisch durchgemacht hatten. ... Die Arbeiter mögen nun selber urteilen, was Hölz ist und wer die Leute von der „Freiheit“ redaktion sind, die nicht wie May Hölz, hinter niedriger stehender „Sufar“ keinen Raum für große Gedanken und hohe Ideen haben, sondern hinter bebrüllten Lemagogengesichtern die hebräisch-italienische Weisheit im Schädel bergen und doch ganz gewöhnliche ... Kerle sind.

## Immer neue Geize gegen die Arbeiter.

Reichstagsbesitzung, Donnerstag, den 23. Juni 1921. Bei der Beratung des Entwurfs zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes sprechen sich gegen die Annahme der Anträge für unsere Partei Gen. Herzfeld, für die USP Dr. Rosenfeld aus, da durch diese Änderung die Köpfe des Gerichtswesens zum Schaden der unteren Instanzen bedeutend erhöht werden. Die Sozialdemokraten äußern zwar ebenfalls Bedenken gegen die Vorlage, können ihr aber zu wie bei den vorigen Gelegenheiten, gegen die sie Bedenken haben.

Bei der dritten Beratung des Gesetzes über den Waffenbesitz des Grenzauflichtspersonals ... Die Anträge der Arbeiterparteien werden mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien abgelehnt. Dann werden verschiedene Nachtragsätze angenommen.

Gen. Kurt Geyer erklärt zu dem Nachtragsatz des Reichspräsidenten, daß das Amt des Reichspräsidenten für die Bourgeoisie höchst nützlich und höchst nützlich sei, es ist aber eine große Arbeiterkraft aerliche Institution, aufgerichtet zur Durchführung der Politik des Kapitals gegen die Arbeiter. ... Zum Nachtragsatz des Reichsjustizministeriums spricht für die USP Dr. Rosenfeld: Wir verlangen zur Verwirklichung einer wirklichen Rechtspflege die Erfüllung der Forderungen des Erfurter Programms, die Justiz muß in den Händen des Volkes liegen. Die Frauen müssen zum Richtamt hinzugezogen werden.

Die Ausnahmegerichte werden nur dort aufgestellt, wo keine Arbeiter mehr zu verurteilen sind. Das Haus hat vor mehreren Wochen den Reichspräsidenten zur Durchführung einer weltgehenden Revidierung aufgefordert. Das Reichsjustizministerium kümmert sich nicht um diesen Beschluß des Hauses und überläßt die Verantwortung weiter den „Onadradikalen“, deren konterrevolutionäre Tätigkeit wir schon vorher kennengelernt haben. ... Reichsjustizminister Schiffer gab darauf zur Antwort, daß er keine der gestellten Wünsche nachkommen könne, in der Angelegenheit Aulock sei er zu wenig unterrichtet. ... Abg. Herzfeld (USP). Das Mitleid der Justiz entspricht den ausgeprägten Klassengegensätzen in der Zeit des letzten Bürgerkrieges, in der wir jetzt leben. ...

Abg. Herzfeld (USP). Das Mitleid der Justiz entspricht den ausgeprägten Klassengegensätzen in der Zeit des letzten Bürgerkrieges, in der wir jetzt leben. ...

Abg. Herzfeld (USP). Das Mitleid der Justiz entspricht den ausgeprägten Klassengegensätzen in der Zeit des letzten Bürgerkrieges, in der wir jetzt leben. ...

Abg. Herzfeld (USP). Das Mitleid der Justiz entspricht den ausgeprägten Klassengegensätzen in der Zeit des letzten Bürgerkrieges, in der wir jetzt leben. ...

Abg. Herzfeld (USP). Das Mitleid der Justiz entspricht den ausgeprägten Klassengegensätzen in der Zeit des letzten Bürgerkrieges, in der wir jetzt leben. ...



Arbeitslosendemonstration.

1. Unterzeichner: Glauben Sie, daß diese Arbeitslosen ... 2. Unterzeichner: Der ganze Anzug ist doch bloß eine kommunistische Rede!

Abg. Dr. Rosenfeld (USP) bezieht auf die Einrichtung besonderer Stellen zur Nachprüfung der Sondergerichtsursprüche und erklärt, daß die Vorgangsweise des Reichsjustizministers dem Beschluß des Hauses widerspricht.

Reichsjustizminister Schiffer kümmert sich aber um den Widerspruch der Arbeiterparteien keinen Pfifferling und erklärt im herrischen Tone unter dem lebhaften Beifall der Rechten, daß er in seiner bisherigen Tätigkeit unverändert fortfahren werde. Der Nachtragsatz für das Reichsjustizministerium wird dann angenommen.

## Oberschlesien.

Die deutsche Regierung hatte, wie bekannt, auf den Protest Laurents in der oberchlesischen Frage eine Antwort gegeben, in der sie offen für Höfer Partei ergriff und die Stellungnahme der U.A.R. und vor allem Le Ronds kritisierte.

Die Antwortnote der französischen Regierung erhebt Einspruch gegen die Darstellung, die die deutsche Regierung von der Lage in Oberschlesien gibt; sie weist die Vorwürfe gegen die U.A.R. zurück. ... Die deutsche Regierung verfüge über genügend Machtmittel, um den General Höfer zu der Einsicht zu bewegen, daß allein völliger Gehorsam gegenüber den Anordnungen der U.A.R. die Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung beschleunigen könne.

Nach englischen Meldungen hat die Internationalisierte Kommission einen Plan für schrittweise Zurückziehung der Polen und der Deutschen in Oberschlesien entworfen. ... Inzwischen hat sich eine deutsche Parlamentarische Kommission, bestehend aus je einem Mitglied der drei Regierungsparteien, auf den Weg nach Oberschlesien begeben.

## Unabhängige Delirien.

In Gedächtnis der USPD. kracht es. Die Arbeiter, die noch in dieser Partei der revolutionären Phrasen organisiert sind, rebellieren gegen ihre „staatsmännischen“ Führer, die ihre Aufgabe nicht in der Lösung der proletarischen Massen von der bürgerlichen Klassenideologie und im aktiven Kampfe gegen die Bourgeoisie, sondern in der Stärkung der ökonomischen und politischen Gewalt der herrschenden Klassen erblicken. ... Die Arbeiter vor Augen halten, wenn sie die täglichen Wirtsausbrüche der „Freiheit“ gegen die Kommunisten genießen. Was hat die „Freiheit“ und in ihrem Geizige die ganze menschenwürdige Presse als neuesten Schlagzeile zu servieren? ...

Die Arbeiter vor Augen halten, wenn sie die täglichen Wirtsausbrüche der „Freiheit“ gegen die Kommunisten genießen. Was hat die „Freiheit“ und in ihrem Geizige die ganze menschenwürdige Presse als neuesten Schlagzeile zu servieren? ...

Die Arbeiter vor Augen halten, wenn sie die täglichen Wirtsausbrüche der „Freiheit“ gegen die Kommunisten genießen. Was hat die „Freiheit“ und in ihrem Geizige die ganze menschenwürdige Presse als neuesten Schlagzeile zu servieren? ...

Die Arbeiter vor Augen halten, wenn sie die täglichen Wirtsausbrüche der „Freiheit“ gegen die Kommunisten genießen. Was hat die „Freiheit“ und in ihrem Geizige die ganze menschenwürdige Presse als neuesten Schlagzeile zu servieren? ...

# Zum Mostauer Kongress.

Ueber die Vorbereitungsarbeit zum dritten Weltkongress der kommunistischen Internationale erhalten wir noch folgende Nachrichten:

Vor der Eröffnung des Kongresses hielt das Exekutivkomitee, das durch die Teilnahme von 2 oder 3 Vertretern jeder Delegation vergrößert war, fast jeden Abend Sitzungen ab. Besondere Kommissionen besprachen die verschiedenen Fragen, die auf der Tagesordnung des Kongresses stehen.

Das Exekutivkomitee hat lange über den

**Anschluß der kommunistischen Partei der Tschcho-Slowakei**  
diskutiert. Obwohl diese Partei die 21 Bedingungen angenommen hat, so hat doch ihre Zulassung einige Schwierigkeiten hervorgerufen, da es eine feststehende Tatsache war, daß sie nicht aus rein kommunistischen Elementen zusammengesetzt ist. Man erinnert sich daran, daß auf dem Gründungskongress dieser Partei, nach der Annahme der Thesen der Internationale, Sméral eine Rede gehalten hat, die man nicht als völlig kommunistisch bezeichnen konnte. Nichtsdestoweniger wurde er damals zum Chefredakteur des Zentralorgans der Partei gewählt. Ein anderes erwiesenes Faktum ist, daß die Partei trotz ihrer 400 000 Mitglieder nicht imstande ist, einen großen Einfluß auf die Gewerkschaften auszuüben. Die Führer der Gewerkschaften können ohne Hindernis ihre opportunistische Politik verfolgen. Man erwähnte im Exekutivkomitee das Beispiel eines russischen Delegierten, der nach Prag kam und mit einem Empfehlungsschreiben des allrussischen Gewerkschaftsrates versehen war, in dessen Namen er Verhandlungen mit den tschechoslowakischen Gewerkschaften anknüpfen sollte. Aber er hatte keinen legalen Paß. Die Vertreter der tschechoslowakischen Gewerkschaften begnügten sich nicht mit diesem Empfehlungsschreiben, sondern verlangten von dem russischen Delegierten Ausweisdokumente, und vor allem einen leeren Paß. Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen. Der tschechoslowakische Delegierte Burián versuchte im Exekutivkomitee seine Partei mit dem Argumente zu verteidigen, daß sie keine zentralistischen Elemente enthalte. Endlich entschied das Exekutivkomitee, die tschechoslowakische Partei aufzunehmen, aber unter der Forderung von Garantien, daß die Vereinigung der deutschen und der tschechoslowakischen Partei innerhalb einer Frist von drei Monaten vollzogen werden müsse, die dann eine einzige kommunistische Partei der Tschcho-Slowakei bilden müsse.

Die Lage der französischen Partei

wurde einer gründlichen Besprechung unterzogen. Nach einem längeren Berichte Vorwärts nahm das Komitee die Wahl einer gemischten Kommission vor, die aus 4 französischen und 6 anderen Genossen besteht und die Aufgabe hat, einen Bericht über die französische Frage auszuarbeiten.

Ueber die Eröffnungsfestlichkeit erhalten wir noch folgenden ergänzenden Bericht:

Nach der Rede Trotskis erklärte Couturier im Namen der französischen kommunistischen Partei, daß die französischen Kommunisten und die revolutionäre Jugend Frankreichs zum Kampfe bereit sind und ungeduldig die endgültige Abrechnung mit dem Kapitalismus erwarten. Im Namen der deutschen Kommunisten sagte Schneider:

Wenn die Rote Armee der russischen Sowjetrepublik es verstanden hat, die Feinde der Arbeitenden auf russischem Boden zu besiegen, so wird die Armee der Arbeiter aller Länder es auch verstehen, mit der Bourgeoisie aller Länder fertig zu werden.

Im Namen der italienischen revolutionären Jugend führte Colagnano in einer begeisterten Rede aus, daß die Italiener bereit sind, wenn es nötig ist, den letzten Blutstropfen für die Verteidigung der Weltrevolution zu vergießen. Der Vertreter der polnischen kommunistischen Partei Glinka erklärte, daß die polnischen Arbeiter nur darauf warten, bis der Augenblick kommt, wo sie dem russischen Proletariat ihre brüderliche Hand reichen können. Der Vertreter der kommunistischen Partei Englands sagte, daß die Kommunisten in England in diesem Jahre mit großer Energie dafür arbeiten werden, damit es möglich sei, den nächsten Kongress in London abzuhalten.

Neben hielten noch Vertreterinnen der Frauen des Ostens, der Generalsekretär der Generalkonföderation der Arbeit und Vertreter der kommunistischen Parteien Spaniens, Periens und der Tschcho-Slowakei und der Delegierte der revolutionären Jugend Deutschlands nach Beendigung der Reden fanden große Arbeiterumzüge statt.

In der Sitzung des Exekutivkomitees am 18. Juni erlaubte Terrani Bericht über die italienische Frage. Nach den Vorgängen von Livorno geht die sozialistische Partei immer mehr nach rechts. In der neuen parlamentarischen Gruppe sind viele, die vor einem Jahre oder vor längerer Zeit ausgeschlossen worden waren, in die sozialistische Partei aufgenommen und von Serrati auf sehr verantwortliche Posten gestellt worden. Terrani sprach sich scharf gegen die Aufnahme der Serratis in die kommunistische Internationale aus. Wenn die Arbeiter Klarheit erhalten werden, daß die Partei Serratis keine kommunistische ist, dann werden sie von ihr abfallen.

## Gegen die Verleumdung der russischen Sowjetrepublik.

Das russische Volksoffizial für auswärtige Angelegenheiten stellt folgendes fest: In letzter Zeit verbreitet die ausländische Presse, insbesondere die amerikanische, Kommentare zur

## Die befessene Braut.

Von Konrad Loele.

Der Bildhauer aber, der gerade nicht mit Aufträgen überhäuft war, machte sich sofort ans Werk.

Unterdessen gewann in Ober- und Unterdorf die Partei die Oberhand, die nichts von dem vom Pfarrer empfohlenen Bildhauer wissen wollte. Der Pfarrer wieder legte sich allzu temperamentvoll für seinen Mann ins Zeug, und die Bauern, denen es nicht einging, daß jemand etwas ohne Eigennutz tun könne, fragten einander augenzwinkernd, wieviel er wohl Prozente vom Bildhauer bekommen würde. Und wenn auch nicht alle so töckisch waren, ihr angeborener Widerspruchsgeist wurde rege, und wenn der Pfarrer so wollte, nun, so wollten sie eben anders. Unter diesen Umständen mußte selbstverständlich der Steinmetz den Auftrag erhalten. Tessen Kostenschlag war bekannt; er wollte für höchstens dreitausend Mark ein Meisterwerk liefern. Das war viel Geld; aber zweitausend Mark konnten der Gemeinde- und der Kirchengasse entnommen werden, ungefähr vierhundert Mark hatte die Sammlung erbracht, eine Schulfammlung stand noch aus, außerdem wollten die Burschen ein Preishegen und die Mädchen einen Tanz zum Beßen des Denkmals veranstalten. So schien alles in Ordnung.

Da kam die Katastrophe. Beim Schulzen lief ein Schreiben des Bildhauers ein, er möchte doch das bestellte Modell abholen lassen. Der Schulze schüttelte den Kopf, nahm eine Postkarte und schrieb kurz und bündig: „Indem wir kein Modell bestellt haben und überhaupt das Denkmal nicht von Ihnen machen lassen wollen, können wir von Ihrem Modell keinen Gebrauch machen und verzichten deshalb auf Abholung desselben.“

„In aller Hochachtung!“  
Damit war für den Schulzen die Sache abgetan. Nicht aber für den Bildhauer, der mit Recht in Zorn geriet. Der Schulze verlor einen Augenblick die Fassung, als

Zusammenfassung amerikanischer Bürger nach Rußland und legt die Lahn aus, daß die Sowjetregierung, die sich angeblich in einer Krise befindet, sich von der Außenwelt abschließen wolle. Wie lächerlich diese Auslegung ist, wird recht klar durch den einfachen Hinweis darauf, daß augenblicklich in Mostau sich gegenwärtig gegen 2000 Kongressdelegierte aus allen Ländern der Erde und 23 ausländische Missionen befinden, die Kraft ihrer diplomatischen Vorrechte distrierte Telegramme abschicken können und ihren eigenen Kurierdienst eingerichtet haben. Außerdem kommen und gehen täglich nach Mostau Handelsdelegationen der verschiedenen Länder, die allmählich mit Sowjetrußland Handelsverträge abgeschlossen haben. Diejenigen, die die verschiedenen Erklärungen für die Nichtzulassung der Amerikaner ausgebracht haben, sollen natürlich wissen, daß für Leute, die aus bloßer Neugierde und Schnüffelerei kommen und nichts ernstliches zu tun haben, allerdings in Rußland kein Platz ist. Das gilt natürlich auch für die Amerikaner, deren Regierung sich hartnäckig jeder Möglichkeit verschließt, die zu erfolgreicher geschäftlicher Beziehung zwischen den beiden Ländern führen könnte.

## Arbeiter willst du das?



Nein? Dann werde kommunistischer Kämpfer. Dann lese die kommunistische Presse.

## Ausland.

### Der Kampf der englischen Arbeiter.

Die Parole für einen Generalstreik ist nach dem „Daily Herald“ von großen Teilen der britischen Arbeiterschaft mit Begeisterung aufgenommen worden. Aus allen Bergbaubezirken laufen Nachrichten ein, über die unerschütterte Front der kämpfenden Bergarbeiter. „Die englischen Bergarbeiter stehen fest wie Gibraltar.“ In dieser Woche findet die Abstimmung der Metallarbeiter über die Bedingungen statt, die von den Unternehmern vorgelegt worden sind. Die ersten Resultate dieser Abstimmung werden jetzt bekannt, sie sind fast einstimmig gegen die Annahme der Unternehmerbedingungen. Große Versammlungen der Metallarbeiter in verschiedenen englischen Städten haben sich einmütig für den gemeinsamen Kampf mit den Bergarbeitern ausgesprochen.

Ueber die Stimmung der englischen Arbeiterschaft gibt der Berichterstatter der „Humanität“ eine interessante Darstellung. Die Bergarbeiter von Süd-Wales hatten nach diesem Bericht von vornherein keine Hoffnungen auf den Dreibund gesetzt. In Süd-Wales waren es nicht nur die Führer, die den gemeinsamen Kampf nicht wollten, sondern es waren auch die Eisenbahner und Dockarbeiter, die für einen Solidaritätsstreik nicht zu haben waren. Auch die inzwischen eingetretenen Ereignisse vermochten die Stellung der Gewerkschaftsführer in diesem Teile Englands nicht zu erschüttern. Die Arbeiter fallen immer noch auf ihre Einwände gegen den Kampf herein.

Die Kampfstimmung der Bergarbeiter dagegen ist nach wie vor glänzend, trotz des Stands, das heute in vielen Bergarbeitergegenden herrscht. Man ist überzeugt, daß auch für den Fall der Niederlage der Bergarbeiter der Kampf nicht aufhören wird. Man glaubt nicht mehr, daß gerade in diesem Falle die Vorbedingungen für einen allgemeinen Kampf der englischen Arbeiterschaft geschaffen würden.

er umgehend ein zweites Schreiben bekam, in dem der Bildhauer eine achtstägige Frist zur Abholung stellte. widrigenfalls er die Gemeinde auf tausend Mark für das Modell und fünfzehnhundert Mark für seinen Rücktritt von der Bestellung veranlagen wolle. Diese Drohung ging dem Gemeindevorsteher über die Hutshnur und er tobte im Dorf umher. Offenbar hatte ihm der Pfarrer diese böse Gerüchte eingebracht. Himmelkreuzdonnerweiter; was hatte sich der Pfarrer überhaupt in ihre Angelegenheiten einzumischen!

Friedrich und der andere Hebestäter hielten sich verläufig still. Der Pfarrer war auch bei dem Bildhauer gewesen; machte er doch die Suppe auslöffeln! Den Pfarrer sah aber ein jäher Schreck, er machte sich eilends zum Bildhauer auf den Weg und erfuhr dort den Zusammenhang. Freilich ahnte ihm gleich nichts Gutes für seine Beliebtheit im Dorf, und er täuschte sich auch nicht; denn bei der nächsten Gemeinderatsitzung schimpfte man zwar nicht schlecht auf den unverdächtigten Künstler, der wohl einen Sparren im Kopf haben mußte, einen solchen horrenden Preis für ein Stück Gips zu fordern, aber der Pfarrer hatte auf diesen Menschen aufmerksam gemacht, er war schuld, und die beiden Besteller, die ihren Leichsinn wohl oder übel zugeben mußten, beriefen sich auf ihn. Es gab Sticheleien und Gezänk, aber der Pfarrer lehnte jede Verantwortung ab und riet zu einem gütlichen Vergleich. Friedrich aber ging mit seinem Freunde zum Rechtsanwalt.

Sie hätten nicht gemußt, was es mit einem Modell auf sich habe. Ihre Bestellung sei nicht rechtskräftig; denn der Bildhauer habe sie nicht genügend über die entstehenden Folgen aufgeklärt und könne sie also auch nicht haftbar machen. Aber ihre Sache stand faul; der Bildhauer hatte seinen Gehilfen als Zeugen, daß er die beiden Bauern auf alles Erforderliche aufmerksam gemacht hatte. Er würde allerdings in Anbetracht der ungewöhnlichen Umstände zu einem Vergleich bereit gewesen sein, aber

## Gewerkschaftliches.

### Ein Aufruf zur Arbeitslosen-Demonstration.

Das Ortskartell der Afa und die Berliner Gewerkschaftskommission senden uns folgenden Aufruf:

Arbeiter und Angestellte Groß-Berlins!

Die letzten Demonstrationen vor und in dem Gewerkschaftshaus, denen ähnliche Aktionen vor anderen Gewerkschaftshäusern vorangegangen waren, und die nach Anknüpfungen in gesteigerter Form wiederholt werden sollen, haben mit erschreckender Deutlichkeit die Gefahr gezeigt, die euren mit unglücklichen Opfern in jahrzehntelangen Kämpfen ausgeübten Gewerkschaften droht. Gewissenlose Elemente predigen die Zerstörung der Gewerkschaften. Es kann nicht euer Wille sein, daß der einzige, bis jetzt noch immer festgefesselte Schutzwall gegen Ausbeutung und Reaktion, daß eure Gewerkschaften zertrümmert werden! Beschäde dies, dann könnte den Arbeitslosen, den Vermissten der Armen, von denen ein kleiner Teil zu diesen Demonstrationen mißbraucht wird, überhaupt nicht mehr geholfen werden! Das sollten gerade die organisierten Arbeitslosen erkennen! Sind sachliche Gegenstände vorhanden, dann soll man sie mit geistigen Waffen austragen. Gewaltanwendung von Arbeitern gegen Arbeiter stärkt die Reaktion! Wer sich direkt oder indirekt an Gewalttaten beteiligt, muß die Folgen berechtigter Abwehr tragen! Den gesamten organisierten Arbeitenden und Arbeitslosen rufen wir nochmals warnend zu: Erkennt die Gefahr!

Rückt ab von den Provokateuren, die Arbeitslose gegen Arbeitende heben! Rückt ab von den Verkündern der Einigkeit, die in den Gewerkschaften noch vorhanden ist! Rückt ab von den Verkündern der Arbeiterkassette! Rückt ab von denen, die dem Kapitalismus Knechtsdienste leisten! Schützt mit uns eure Gewerkschaften!

Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa-Bund)

Ortskartell Groß-Berlin

Platau, Otto, Schilera.

Der Ausschuß der

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung.

Sabath, Zagobinski, Eber, Karpov, Noese, Bernotas, Thieme, Thöns, Schulz, Gerhard, Müller, Gniard, Schmitt, Ortmann.

Sabath hat höchst eigenhändig unterschrieben. Wären die Berichte von „Freiheit“ und „Vorwärts“ wahr gewesen, so müßte Sabath heute noch schwer verwundet im Krankenhaus liegen. Wir freuen uns, daß dem nicht so ist. Man sieht aber, mit welcher unwahren Berichten die Arbeiterschaft aufgepeitscht werden sollte.

Das vorliegende Dokument ist ein weiterer Versuch, unter der Arbeiterschaft gegen Arbeitslose und Kommunisten Stimmung zu machen. Der Name U.P.D. ist nicht ausgesprochen. Aber was will man mit einem so bombastischen Aufruf gegen „Zerstörer der Gewerkschaften“, wenn man nur den winzig kleinen Teil der Arbeitslosen treffen will, die in ihrer Verzweiflung „Zerstörung der Gewerkschaften“ predigen.

Durch die Arbeitslosen-Demonstration sind die Gewerkschaften nicht gefährdet worden, weil die Mehrzahl der Demonstranten aus organisierten Arbeitern bestand, weil sich die Gewerkschaften aus der großen Masse der organisierten Arbeiter zusammensetzen, die den Arbeitslosen ihre volle Sympathie entgegenbringen. Die Gewerkschaften, das sind nicht ein paar Gewerkschaftsführer, die sich in ihrer Ueberhebung weigern, zu den Arbeitslosen zu sprechen.

Gegen alle indirekten Verleumdungen betonen wir Kommunisten nochmals, daß wir nicht die Zerstörung der Gewerkschaften wollen, sondern deren Ersterkung dadurch, daß sie mit revolutionärem Geist erfüllt werden und die Kampforganisationen des gesamten Proletariats werden, in der einer für alle, alle für einen, Arbeitende und Arbeitslose gemeinsam kämpfen gegen den Kapitalismus.

Wenn deshalb die Entrüstungsmache in dem Aufruf gegen die Kommunisten gemüht sein sollte, so sagen wir dieser Gewerkschaftsführern, daß ihre Beschimpfungen und Verdächtigungen auf sie selbst zurückfallen werden. Voll und ganz unterschreiben wir die Sätze des Aufrufs: Arbeiter, rückt ab von den Verkündern der Arbeiterkassette! Rückt ab von denen, die dem Kapitalismus Knechtsdienste leisten!

Warnung!

Ein gewisser Wilhelm Sartmann aus Bayreuth, etwa 23 Jahre alt, ist nach Unterdrückung von Parteigebern und Diebstehlen bei Genossen süchtig. Es besteht Gefahr, daß er Ortsgruppen eventuell mit gefährlichen Ausweisen brandsticht.

die zwei Bauern waren zu erschämt, sie betrachteten sich das Modell und schätzten es auf zwanzig Mark ein, nannten es eininkerliches und ereiferten sich gewaltig über „den Künstler“, der an einem Nachmittag tausend Mark verdienen wolle. Friedrich ließ sich in seinem Kerger hinreißen und schalt den Bildhauer einen elenden Gauner. Diese Schmähung hörte der Bildhauer gem, ohne sich in seiner Ehre verletzt zu fühlen, aber er ließ nun jede Rücksicht fallen und klagte seine Forderung ein.

Darüber verging der August, aber seine heiteren Tage erhellten die Stimmung im Andingischen Hause durchaus nicht. Andings hatten sich nunmehr so ziemlich mit dem ganzen Dorfe veruneinigt. Sie wollten den Pfarrer und den Schulzen verklagen, Friedrich hatte auch schon eine Beleidigungssache mit seinem früheren Freunde, dem anderen Denkmalsbesteller, denn naturgemäß hatte einer die Schuld auf den anderen geschoben und dabei nicht mit groben Worten gespart.

Friedas Zustand war immer noch mangelhaft, und es gab Meta allemal einen richtigen Stich, wenn eine Nachbarin fraat, wenn denn nur die Hochzeit wäre. Es ging der Kranken freilich ein wenig besser, sie lag nicht mehr den ganzen Tag im Bett, manchmal hinkte sie schon wieder an einem Stöcke über den Hof. Aber dann und wann kehrten die Anfälle mit alter Kraft zurück; es war fast so, als ob der Teufel den Ausgang des Modellprozesses abwarten wollte. Meta trug manchen Korb voll ländliche Produkte zum Rechtsanwalt, sie sparte nicht, aber der Anwalt machte ihr nur wenig Hoffnung.

Was? Sie sollte vielleicht bezahlen? Das war ganz unmöglich. Meta betete jeden Abend; sie ging, wie auch Friedrich trotz ihrer Abneigung gegen den Pfarrer häufiger in die Kirche. Der Fluch, der auf ihrem Hause lag, stand und fiel nicht mehr mit der Krankheit oder Genesung ihrer Tochter, sondern mit der Anerkennung oder Abweisung der Klage des Bildhauers.

(Fortsetzung folgt)



Mietersteuer oder Kommunalisierung des Wohnungswezens?

Eine der symptomatischsten Zerfallserscheinungen des kapitalistischen Staates ist die täglich krasser in Erscheinung tretende Wohnungsnot...

Ein paar Zahlen nur mögen die Bewegung auf dem Wohnungsmarkt illustrieren. Vor dem Kriege, im Jahre 1910 und 1911, hatten wir in Deutschland bei einer jährlichen Bevölkerungszunahme von 900 000 Menschen einen Bedarf von 300 000 neuen Wohnungen...

Es muß weiter berücksichtigt werden, daß vor dem Kriege jährlich etwa 60 000 Wohnhäuser infolge des Verfalls für Wohnzwecke ausfielen...

Es erübrigt sich, das fürchterliche Elend der Obdachlosigkeit zahlenmäßig in den einzelnen Städten nachzuweisen. Nur einige sollen herausgerissen werden.

In Königsberg wurden bei einer Untersuchung in einer Wohnung, bestehend aus einer Stube, Kammer und Küche 27 Personen heiderlei Geschlechts...

Was tat nun die Regierung, um diesem fürchterlichen Wohnungsseind abzuhelfen? Sie versuchte die private Bauwirtschaft zu heben...

Table with columns for year (1913, 1919, 1920) and number of houses (8184, 1614, 5124). Includes sub-table for migration to houses.

Dabei ist zu beachten, daß in den Zahlen von 1919 und 1920 alle Wohnungen enthalten sind...

Daß der weitaus größte Teil der neuerstellten Wohnungen nicht durch Neubauten gewonnen wurde...

Table showing number of new houses in various cities: Berlin (6), Breslau (57), Dresden (18), Frankfurt a. M. (21), Hamburg (12), Leipzig (13), München (53).

Von diesen oben angeführten Neubauten sind etwa 60 Prozent durch die Kommunen und höchstens 40 Prozent durch private Bauwirtschaft erstellt worden.

Ein anderer Weg, der aus dem Wohnungseind herzuführen sollte, war die Propagierung des Kleinfiedlungsgebäns unter der Arbeiterkass.

Ihrer Arbeitszeit die Bourgeoisie der Notwendigkeit erheben, ihrerseits die proletarische Lebenshaltung durch zureichende Löhne auf dem notwendigen Minimum zu erhalten.

Die Bekämpfung des Wohnungseind durch die Förderung der kommunalen Bautätigkeit scheiterte schließlich daran, daß die den Gemeinden zur Verfügung stehenden und vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel natürlich nicht im entferntesten ausreichten...

Den einzig gangbaren Weg, nämlich den vorhandenen Wohnraum restlos zu erfassen und ihn vom Gesichtspunkte der Notwendigkeit je nach der Zahl der Familienmitglieder den Obdachlosen zugänglich zu machen...

Nachdem dieses Gesetz im Reichswirtschaftsrat eingehend beraten und mit unwesentlichen Abänderungen angenommen wurde, soll sich jetzt der Reichstag mit der Vorlage beschäftigen.

Darüber sind sich auch die Vertreter der SPD. keineswegs im Unklaren. Die Ausführungen des Sozialdemokraten U m b r e i t bei der Verhandlung über die Vorlage im Reichswirtschaftsrat zeigen das zur Genüge.

Er erklärte: „Meine Freunde stimmen zwar der Vorlage zu, aber die Zustimmung fällt uns schwer, weil eine Mietersteuer unter allen Umständen unsozial ist.“

Diese Ausführungen zeigen, daß auch die SPD. klar erkennt, einmal, den unsozialen Charakter einer derartigen Steuer, zum anderen die Unmöglichkeit, durch dieses Gesetz das Wohnungseind zu mildern.

Das Wohnungseind hat derartig krasse Formen angenommen und wird sich noch weiter ins Unmeßliche steigern, daß die Arbeiterkass endlich den Weg gehen muß, den nicht nur wir, sondern auch die SPD-Führer als den einzig gangbaren erkannt haben...

Bestlagnahme aller bewohnbaren Räume. Zwangsweise Anquartierung kleiner Familien aus großen Wohnungen und dortiger Einquartierung großer Familien.

Bestlagnahme aller für Vergnügungszwecke verwendeten Räume, wie Bars, Dielen und dergleichen und deren Umbau zu Wohnungen durch die Gemeinden.

Zwangsweise Anordnung der Reparatur aller reparaturbedürftigen Wohnungen und sofortige Zwangsmaßnahme des Neubaus von Wohnungen durch die Gemeinden bzw. Bezirksverbände und der Kontrolle der Mieterräte.

Sofortige Schaffung kommunaler Regier.kriebe, die sämtliche im Hoch- und Tiefbau notwendigen Arbeiten und die Erzeugung der Baumaterialien ausführen.

Zwangsweise Bestlagnahme des zu Neubau von Wohnungen und Verkehrswezen notwendigen Grund und Bodens.

Schaffung eines Notgesetzes, welches die Bestlagnahme der gesamten Miets und der Verwaltung durch die Gemeinden bzw. Bezirksverbände und der Kontrolle der Mieterorganisationen fordert...

Soltes Kontroll- und Mitspracherecht der Mieterräte in allen das Wohnungswezen betreffenden Fragen.

Die Erfüllung dieser Forderungen gewährleistet allein die Wilderung und schließliche Beseitigung der Wohnungsnot. Die Arbeiterkass muß ihre ganze Kraft einsetzen für die Durchführung dieser Forderungen...

Nicht Mietersteuer, sondern Kommunalisierung des gesamten Wohnungswezens - das muß die Forderung der gesamten Arbeiterkass werden.

Und um die Durchführung dieser Forderung den schärftsten Kampf zu führen - das ist die Aufgabe des proletarischen Organisationsapparat.

Aus dem Reichshaushaltsau

In der Sitzung vom 23. Juni wurden die H. Reichswehrministeriums, des Reichsdienstministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsjustizministeriums auf eine Anfrage...

Einem großen Teil der ehemaligen Soldatenflüchtigen wi. heute noch der Prozess gemacht und zum Teil werden sie auch abgeurteilt. Der Herr Reichswehrminister wurde befragt, was er gegen dieses Vorgehen der Justizbehörden zu tun gedenke.

Auf die Frage eines Abgeordneten, warum der Betriebsrat der Heeresverwaltung um ein Drittel gekürzt wurde, gab ein Regierungsvertreter die fadenhörnliche Begründung...

Nicht uninteressant war die Erwiderung des Reichswehrministers auf eine Frage, wie es kommt, daß der ehemalige Kapitän Mittelmeier Neulille wieder beim Reichswehrministerium Dienst tut.

Zu dem Etat des Reichswirtschaftsministeriums teilte auf eine Anfrage über die mangelnde wirtschaftspolitische Statistik ein Regierungsvertreter mit...

Für die Auslandspropaganda in wirtschaftlicher Beziehung wurde der Posten von 7 Millionen stehen gelassen, aber die Erhöhung des Ergänzungsbetags als Zuschuß für die Messen in den Städten Breslau, Frankfurt und Stuttgart wurde abgelehnt.

Ausland.

Ergliche Matrosenmeutereien zugunsten der Bergleute.

Aus London wird berichtet: Eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht Borkmouth gibt zum ersten Male nähere Details über eine Meuterei englischer Matrosen zugunsten der Bergarbeiter.

Der Raubzug im Fernen Osten.

Ueber die Ereignisse im Fernen Osten erzählt Nowa Mir\* aus Moskau, den 21. Juni: Anlässlich der Ankunft des Generals Semjonow in Bladiwoostok...

Die Regierung der Republik des Fernen Ostens und die russische Kommunistische Partei richteten an die Volksarmee Telegramme anlässlich deren Sieg über die weißen Banden bei Trojko-Samsk.

Die in Peking erscheinenden englischen Zeitungen bemerken, es sei an der Zeit, daß Japaa wegen seines Verhaltens während der Wladiwostoker Ereignisse zur Verantwortung gezogen werde...

Sowjet-Rußlands Kohlenförderung im ersten Halbjahr 1921.

„Ekonomscheskaja Schisa“ konstatiert, daß für das erste Halbjahr 1921 das Produktionsprogramm für Kohle von dem Donezbecken, dem Moskauer und dem Kairagon vollständig erfüllt, zum Teile sogar überschritten worden ist.

Produktionsabotage in Amerika.

In der Jahresversammlung des Verbandes der Baumwollplantagen-Besitzer teilte der Vorsitzende J. S. Wainmaker mit, daß dank der Kampagne des Verbandes die Ernteaussicht um ein Drittel vermindert wurde...

Die Freiheit.

Eine blutige Faust schlug dich nieder Und meinte, sie schlage dich tot! Du aber erhebst dich wieder, O Freiheit, ins Morgenrot!

Und ob sie dich quälen und schänden, Versuchen dein Flammegeficht, Dich ketten an Füßen und Händen; Du lachst und die Kette zerbrichst.

Und sind deine Kinder erschossen, Verzerrt wie lüchliches Vieh; Es singen neue Genossen Umsterbliche Sturmlieder.

Die Völker warten und lauschen Auf deinen gewaltigen Schritt, Ergeben sich und rauschen In mächtigen Strömen mit.

Max Barckel.

# er Nachrichten

## du bist Zehngruppenführer!

alle Genossen und Genossinnen deineten lernen, um jeden richtig bewerten zu können, jede Genossin hat Fähigkeiten und Partei braucht. Die Kenntnis über ein, eine sein kläglich werden.  
 Wie Genossen besuche Hiers. Verliere bei Mißmut nicht. Werde nicht ärgerlich.  
 eigenen Genossen, die ohne viel Worte ihre Arbeit du Wichtiges besprechen.  
 Genossen, die viel reden, rede nicht viel. Du kannst nicht allzuviel unvertrauen.  
 dich nicht als Vorgesetzter. Du bist oberstes Glied Zehngruppe. Du stellst für die Partei Kräfte freimachen. ist wertvolle Arbeit.  
 Denke immer daran, daß die Zehngruppe in der Partei Zelle sein soll, von der aus die Kampf-Parteiarbeit geleitet wird.  
 Jeder Genosse und jede Genossin muß eine Arbeit in der Partei haben. In allgemeinen Parteiarbeiten nehmen alle teil.  
 Wenn die Partei ruft, müssen die Angehörigen deiner Zehngruppe pünktlich an Ort und Stelle sein.  
 Wenn sie nicht früher vom Platz gehen, als bis die Partei das Signal gibt, dann ist deine Gruppe unerschicklich und du bist das Vorbild eines Zehngruppenführers.

## Aus der Breslauer Zelle

Wir haben schon wiederholt auf die skandalöse Behandlung seitens des Direktors und einzelner Oberbeamten im Breslauer Untersuchungsgefängnis hingewiesen. Die geringen Vergünstigungen, die auf Grund des Novembersturzes den Gefangenen gewährt werden, sind den alten Beamten, die das wilhelminische Zeitalter wieder herbeiwünschen, ein Dorn im Auge. Insbesondere ist es der Direktor Langer, der Typus eines richtigen kohligen Kerkermeisters, der den Gefangenen das Leben sauer macht. Die Erlaubnis zu rauchen wird in jeder Weise eingeschränkt. Ein Gefangener darf in der Zelle nicht mehr als 20 Zigaretten verdingen. Bücher und Zeitungen kommen mit Tages- in wochenlanger Verspätung zu den Gefangenen. Die Sprech-erlaubnis wird in skandalöser Weise eingeschränkt.

Nach der Gefängnisordnung soll das Essen geeignet sein, die Arbeitskraft und die Gesundheit der Gefangenen zu erhalten. Die Beschaffenheit des Gefangenenspeises ist aber nicht dazu angetan.

Die politischen Untersuchungsgefängnisse, die man monatlang wegen der Auslage eines pathologischen Kollektivs eingesperrt hatte, mußten die ganze Zeit im Leer verwannten Zelle bleiben. Wegen angeblicher Kollektivsgefahr kamen sie monatlang nicht an die frische Luft. Wegen der geringsten Meinigkeit kommen die Gefangenen in Arrest.

Die Gefängnisverwaltung kann aber auch andere. — Kürzlich waren die beiden millionenschweren Schieber und Gründer Lewin ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Sie waren beschuldigt, Millionenwerte an Heeresgut, das sie um einen Betteleisern von der Heeresverwaltung erschlichen hatten, mit riesenhaften Gewinnen an unsere „Erbinde“ die Polen, weiterverkauft zu haben.

Die beiden Herren wurden mit der größten Achtung behandelt. Alle Augenblicke kam ein Oberbeamter, um sich nach den Wünschen der Herren zu erkundigen. Aber bei so schwerreichen Jungen wird ein solch kolossaler Fall wie eine Verhaftung schnell wieder gutgemacht. Schon am andern Tages, nach 11 Uhr, kam der Untersuchungsrichter persönlich in die Zelle, um die Herren zu entlassen. Bei politischen und anderen Gefangenen hätte man sich Zeit gelassen bis zum andern Tage.

Bezeichnend ist das Verhalten der „Polkewacht“ im Falle Lewin. Sie haben ohne weiteres die Unschuld dieser Herren angenommen, aus der bloßen Furcht heraus, es könnte der Betrieb dadurch gestört und die Zahl der Arbeitslosen vermehrt werden.

Kürzlich stellte Mache in einer Versammlung fest, daß um 1905-1910 keine Woche verging, ohne daß ein Sozialdemokrat in die „Graue“ kam. Nur so mehr sollte man annehmen, daß sie ein Interesse daran haben, daß proletarische Gefangene anständig behandelt werden, zumal es nicht nur möglich ist, daß auch sie wieder einmal politische Gefangene stellen können.

Hochachtung geben wir ein Gedächtnis, das vielleicht nicht ganz schön in der Form ist, aber doch unseren familiären Inhaft-

ierten Genossen aus der Ecke gedichtet ist und für die Genossen „drehen“ manch heutzutageverweirter Wort enthält. Hier ist es:

### Lied der Gefangenen.

Gefangen, gefangen, gefangen sind wir!  
 Man legt uns in den Käfig, als wie ein böses Tier.  
 Unsere Feinde, die Bourgeois, schließen in Hörnern um ein,  
 Wir wälzen uns auf der Pflaue — schlaflos und allein.

Proleten, Proleten, Proleten Ihr unsere Brüder!  
 Hebt Solidarität, reißt diese Mauern nieder!  
 Laßt unsere Familien nicht darben, kampflos heinen Tag vergahn,  
 Damit bald alle, alle die „Freiheit“ wiedersehn.

„Was hat zu geschehen,“ so fragel Ihr mit Zagen?  
 Mutig den Kampf mit dem Feinde wagen,  
 Trotzig den Generalstreik verkünden,  
 Der klassenjustiz die Hände zu binden!

Doch wenn Ihr jetzt nichts tut, kommt Eure Ren' zu spät;  
 Dann ist der Tag nicht fern, wo Ihr zum Nichtplatz geht.  
 Denn das, was uns bedrückt, das sind auch Eure Ketten:  
 Nur billderliches Handeln kann uns wie Euch retten!  
 Erich Winkler.

## Aus den Eisenbahnwerkstätten

Der Reichskanzler Wirth hat in seiner heuchlerischen Rede, die er vor dem Essener O. d. N. gehalten hat, darauf hingewiesen, daß die staatlichen Betriebe unrentabel wirtschaften. Es müsse die Möglichkeit geschaffen werden, daß in den Staatsbetrieben eine rentablere Wirtschaft getrieben wird. Die Herren sehen nicht ein, daß der Hauptfehler dieser unrentablen Wirtschaft an der bürokratischen Geheimratswirtschaft liegt. Den einzigen Weg zu einer besseren Rentabilität sehen sie darin, daß sie die Zahl der Arbeitskräfte verringern. Dadurch wollen sie mit weniger Arbeitern durch verschärfte Ausbeutung, durch Verlängerung der Arbeitszeit billiger produzieren. Sie wollen das Herz der Arbeitslosen vergrößern, um dann mit moralischer Entrüstung über die Faulheit der Arbeiter zu schimpfen. In den Breslauer Eisenbahnwerkstätten ver-

**Bergarbeiter!**  
**Werft die verräterische**  
**„Bergwacht“**  
**zur Tür hinaus!**

langen jetzt die Lockhände, daß jeder Arbeiter seinen Lehrbrief vorlegen soll. Sie erklären, daß sie die Arbeiter wieder in ihren alten Beruf zurückführen wollen. Abgesehen davon, daß viele Arbeiter auf den Besitz ihres Lehrbriefes keinen großen Wert legen, steht es fest, daß durch die Kriegsumstände Willkoren in einen anderen Beruf eingetreten sind und dort ihre Arbeit schon zur Zufriedenheit der Unternehmer gemacht haben. Die Kapitalisten haben die Willkorenheit und die Anpassungsfähigkeit der deutschen Arbeiter nicht genug leben können. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein noch so guter Lehrbrief noch lange nicht bedeutet, daß der betreffende Arbeiter nach Jahrzehnten noch dasselbe leistet. Er kann in seiner anderen Tätigkeit oft entschieden mehr leisten.

Dieses Verlangen des Lehrbriefes soll lediglich dazu dienen, die Arbeiterschaft zu fesseln und einen großen Teil auf die Straße zu setzen, um dann mit veränderter Felegelheit die „Rentabilität“ der Staatsbetriebe zu heben.

Es ist Aufgabe der Arbeiter, sich freizumachen von engem beruflichen Zunftgeist. Sie müssen verlangen, daß kein Arbeiter entlassen wird. Das Herz der Arbeitslosen darf unter keinen Umständen vergrößert werden!

## Aus der Provinz

### In alle Ortsgruppen!

Genossen, laßt dafür, daß in jeder Ortsgruppe ein Verantwortlicher für die „Schlechte Arbeiterzeitung“ bestimmt wird. Derselbe hat die Aufgabe, über alle Verhältnisse, die das öffentliche Interesse betreffen, jeder über Partei und Gewerkschaftsangelegenheiten zu berichten.

Um unsere Zeitung interessanter zu gestalten, ist es notwendig, daß die gewählten Genossen ihrer Pflicht nachkommen.  
 Die Redaktion.

## Unterbezirk Waldenburg.

Den Genossen zur Kenntnis, daß das Parteibüro des Unterbezirks sich von jetzt ab in Gottesberg, Schützenstr. 17 (in Schützenhaus) befindet.

Alle Zuschriften sind nach dort zu richten.  
 Die Sprechstunden sind vormittags von 9-12 und nachmittags von 3-7 Uhr. Während dieser Zeit wird in allen wirtschastlichen sowie politischen Fragen Auskunft erteilt.  
 Die Unterbezirksleitung.

## Kommunistische Blattschuld?

Die „Schlesische Bergwacht“, das Organ der Streikabwärtigen Gewerkschaftsbürokraten bringt in ihrer Dienstagnummer eine seitgedruckte Notiz über eine „neue kommunistische Blattschuld“. Sie bezichtigt die demonstrierenden Arbeitslosen der Gewaltanwendung gegenüber den Gewerkschaftsbeamten. Es ist, der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission, habe eine Kaufsumme erhalten, die Arbeitslosen haben geplündert und so weiter.

Demgegenüber können wir feststellen nach dem Bericht eines Augenzeugen: Danach wurden die Arbeitslosen, die nach dem Gewerkschaftshaus am Engländer demonstrieren, um von den Gewerkschaften Rechenschaft über die zehn Punkte zu fordern von einem Trupp Gewerkschaftsbeamten überfallen. Diese Helben hatten sich bewaffnet mit Gummischläuchen, Spiralschneidern usw. Es ist, hat sich mit einer Eisenstange auf die Demonstranten gestürzt. Ein Gewerkschaftsangelegter machte von der Schußwaffe Gebrauch und verwundete einen Arbeitslosen schwer.

Daß die Gewerkschaften, die in musterhafter Ordnung demonstrieren, sich nicht wehrlos von den Arbeitervertretern niederlegen lassen, ist doch selbstverständlich. Sie haben die Waffen den Buzzen abgenommen und da ist es begreiflich, daß auch sie Diebe abbetommen haben.

Der ADGB, der es absieht, zu den Gewerkschaften zu sprechen, beorderte 2 Hundertschaften Sipos nach dem Gewerkschaftshaus um sich so zu schützen.

Dies sind die wahren Vorgänge bei der neuen kommunistischen Blattschuld. Die Erkenntnis, daß die mit Gummischläuchen arbeitenden Gewerkschaftsbürokraten zum Teufel gejagt werden müssen, wird sich durchsetzen.

Die Einheitsfront des Proletariats wird entstehen in den revolutionären Gewerkschaften, die sich frei gemacht haben von ihren Gummischläuchleiden und Verrätern.

Altwaßer. Die am Sonnabend, den 19. Juni, tagende Jahreshellenversammlung der Ortsgruppen Ober- und Nieder-Altwaßer, an der auch der Verbandsvorsitzende Hulsmann teilnahm, nahm einen recht stürmischen Verlauf. Jeder Kamerad, der die Haltung der Bezirksleitung bei der Vorstandswahl der Martindler und Janschea scharf verurteilte, wurde von Hulsmann, der nur die Lügenmeldungen aus der „Bergwacht“ entnommen hatte, scharf angegriffen. Die Versammlung sprach gegen die Bezirksleitung sowie gegen die Verbandsmitglieder ihr größtes Mißtrauen aus und forderte die Einberufung einer Konferenz, Stellungnahme zur Haltung der Bezirksleitung und Neuwahl. Viele Kameraden verlangten bis dahin Welttagessperrung, die aber nicht gutgeheßen werden konnte, weil dadurch die Rechte des Verbandes verloren gehen. Es wurde aufgefordert, die Jahreshellenversammlungen wie bisher zu beladen und dort gemeinsam die für uns maßgebenden Beschlüsse zu fassen. Keine Abspaltung! Bei der Waise ist der Platz wo jeder kämpfen kann, den Verband endlich zu einer entschlossenen Klassenkampforganisation zu machen.

## Versammlungsstafender

Nieder-Hermsdorf, Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. Juni, abends 6 1/2 Uhr, im Gasthof „Zur Friedenshoffnung“: Öffentliche Versammlung.

Verantw. Redakteur: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag: Sez.-Verlag, c. O. m. G., Breslau. Druck: Jolly Wolf, Gmbh., Berlin E. 14.

## Breistw. Möbel

2tür. pol. Schrank 525, 2tür. pol. Vertiko 520, Kubb.-Vertiko 490, pol. Auszugstisch 240, Mohrst. 50, großer Spiegel mit Stufe 500, Plüschsofa 600, Chaiselong 250, rich. schöne Standuhr 1200, 2. Plüschsofa 400, Patent-Diagr. 125, Sommer-Büfett 1400, rich. Büfett 2000, rich. Schreibt. 780, M. Girsel, Brüderstr. 23

**Achtung! Wo?**  
 kauft man neue und gebrauchte MOEBEL sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorzuziehbarsten?  
 Bei H. Kluge,  
 Kreuzstr. 12, 1. Etg.

Montag früh 8 Uhr beginnt unser

# Saison-Räumungs-Ausverkauf

zu bedeutend herabgesetzten, außergewöhnlich billigen Preisen

**Weißenberg & Brauer**